

## GEDENKJAHR 2009

Interview mit der Krakauer Wochenzeitschrift „Tygodnik Powszechny“, die Fragen stellte Joachim Trenkner, erschienen am 7. Juni 2009

1. *2009 ist für Europäer ein geschichtsträchtiges Gedenkjahr. Ein „annus horribilis“, wenn man an den Beginn des Zweiten Weltkriegs vor 70 Jahren denkt – ein „annus mirabilis“, wenn man an die Wiedererlangung der Einheit (in Deutschland) und der Unabhängigkeit (Osteuropa) vor 20 Jahren denkt. Welche Bedeutung haben Geschichte und Erinnerung für uns in Europa? Brauchen wir diese Erinnerungskultur überhaupt?*

**M.W.:** 1939 und 1989 sind im Leben der deutschen und der polnischen Nation tiefgreifende Zäsuren, die für Deutsche und Polen gravierende Auswirkungen hatten. Im Krieg ging es in Polen um die nationale Existenz, die vom rassistischen Vernichtungskrieg des nationalsozialistischen Deutschland gegen die Slawen bedroht war. 1945 war Polen davor gerettet, aber nicht frei, Stalins Sowjetunion oktroyierte eine kommunistische Diktatur, von der sich 1989 Polen und Deutsche gemeinsam befreiten. Die Zäsuren haben das Leben ganzer Generationen bestimmt. Ja, wir brauchen vor allen nach diesem 20. Jahrhundert in Europa eine demokratische Erinnerungskultur, die die Erfahrungen des Kampfes zwischen Demokratie und totalitären Diktaturen bewahrt. Unsere Erinnerungen sind wie der römische Gott Janus doppelgesichtig. Ein Gesicht schaut zurück auf die Opfer von Kriegen und totalitären Gewaltherrschaften. Orte des Schreckens wie Auschwitz und Sachsenhausen, aber auch Workuta wurden in unsere kollektive Erinnerungen für immer eingebrennt. Sie kontrastieren mit Ereignissen wie dem Warschauer Aufstand 1944, dem 17. Juni 1953 in der DDR, der ungarischen Revolution 1956 und den Herbstrevolutionen 1989. All diesen Geschehen war der Wille zur Freiheit und nationalen Selbstbestimmung gemeinsam. Die Diktatoren vermochten es nicht, den Freiheitswillen in den Nationen auszumerzen. In unserem Geschichtsbild, dem Fundament unserer Erinnerungskultur, gedenken wir der Opfer der Diktaturen, erinnern an die Täter ebenso wie an die Mitglieder des Widerstandes, die für Freiheit und Demokratie kämpften und damit die Grundsteine für das heutige demokratische Europa legten.

Das zweite Gesicht des Janus richtet seinen Blick in die Zukunft, die wir Menschen täglich neu gestalten. Der Prozess der europäischen Integration, der wichtigsten Entwicklung der europäischen Nachkriegsgeschichte ist dafür ein gutes Beispiel. Seine Anfänge waren eine direkte Folge der Trümmerlandschaften des Krieges und der Erinnerungen an die Ursachen der beiden Weltkriege. Politiker wie Konrad Adenauer aus Deutschland oder Robert Schuman aus Frankreich hatten den Mut, die Lehre aus den Kriegen zu ziehen. Mit Hilfe der Amerikaner unternahmen sie den Versuch, durch die Bildung eines Gemeinsamen Marktes mit der Perspektive der Europäischen Einheit die Gegensätze, ja die nationalistischen Feindschaften zu überwinden und den Krieg zwischen europäischen Ländern künftig als Mittel der Politik auszuschließen. Die Bundesrepublik, der Weststaat im geteilten Deutschland, wurde sofort in diesen Einigungsprozess einbezogen. Der zweiten Demokratie in Deutschland gaben die Westmächte damit die Chance eines Neuanfangs und der Rückgewinnung ihrer Souveränität nach der totalen Niederlage und der Besetzung Deutschlands durch die siegreichen Alliierten.

Polen wurde nach 1945 ebenso Teil des sowjetischen Imperiums wie die DDR. Die Staaten hinter dem Eisernen Vorhang blieben bis zum Ende der kommunistischen Diktaturen vom Prozess der europäischen Integration ausgeschlossen. Die

demokratische Opposition Polens, Ungarns und der Tschechoslowakei forderte bereits in den siebziger und achtziger Jahren die Rückkehr nach Europa. Dieses Ziel konnte erst nach der europäischen Herbstrevolution 1989 und dem Sturz der kommunistischen Regime realisiert werden. Polen, Ungarn und die baltischen Staaten sind heute Mitglieder der Europäischen Union und der NATO. Aber die Geschichtsbilder über das Europa der Diktaturen sind immer noch geteilt. In Westeuropa konzentriert sich die Erinnerungskultur auf die Verbrechen der nationalsozialistischen Diktatur, namentlich auf den Völkermord an den europäischen Juden, während die kommunistischen Regime, die Stalins Sowjetunion nach dem Sieg über Hitler in Mittel-Osteuropa installierte, in ihrer Bedeutung für die betroffenen Nationen kaum im Blick sind. Die Rückgewinnung der polnischen Souveränität und der deutschen Einheit 1989/90 gehören zusammen, ohne Solidarnosc kein Fall der Berliner Mauer. Dieses Ereignis schuf für Polen und Deutschen eine neue Grundlage für eine gemeinsame Zukunft im vereinigten Europa. Trotzdem entzündet sich an der Geschichte immer wieder neuer Streit, der in seiner Dimension unnötig ist. Deutschland hat die polnische Nachkriegsgrenze anerkannt. Polnische Nationalisten missdeuten immer wieder die Erinnerung an die deutschen Opfer des Bombenkrieges und von Flucht und Vertreibung als Geschichtsrevisionismus, der politisch eine Grenzrevision vorbereitet. Diese Unterstellung ist absurd und ignoriert völlig die deutsche Diskussion über die Verbrechen der nationalsozialistischen Diktatur, ihren rassistischen Vernichtungskrieg gegen Polen und Russen, den Völkermord an den europäischen Juden und die demokratische Umkehr der Mehrheit der Deutschen nach 1945. Kein ernsthafter Historiker wird bestreiten, dass es deutsche Opfer gab, als Hitlers Eroberungskrieg auf Deutschland zurückschlug. Die Trauer und der Schmerz sind Teil der Erinnerung. Der polnisch-deutsche Streit um die Geschichte zeigt deutlich, dass die Völker in Europa weiterhin eine geteilte Erinnerung an das 20. Jahrhundert haben, die ihrem jeweiligen nationalen Schicksal entspricht. Aus deren Erfahrungen wird auch heute noch Politik in der Europäischen Union gestaltet. Für eine demokratische Erinnerungskultur für Europa ist die Anerkennung der doppelten Diktaturgeschichte in Ost-Mitteleuropa, zu der auch die deutsche zählt, der unverzichtbare Ausgangspunkt. In dieser Beziehung hat das europäische Parlament am 2. April dieses Gedenkjahres 2009 eine wichtige Entschließung verabschiedet. Es fordert, den 23. August, also den Tag, an dem 1939 der Hitler-Stalin-Pakt unterzeichnet wurde, als „Gedenktag für Opfer totalitärer und autoritärer Regime“ einzuführen.

- 2. In vielen europäischen Ländern werden die Debatten über die Geschichte des 20. Jahrhunderts häufig mit starken Emotionen geführt, zuweilen führen sie sogar zu internationalen Spannung (z. B. zwischen Polen und Deutschland, oder zwischen Ungarn und Rumänien), obwohl jetzt ja alle in verschiedenen Bündnissen vereint sind. Wo sehen Sie die Gründe dafür?*

**M.W.:** Es ist die Gegenwart der Geschichte unserer Nationen, die außerdem in jeder von ihnen noch einmal gespalten ist. Eine einheitliche nationale Erinnerung gibt es nur in Bezug auf die Chronik der Ereignisse, die eine Erlebnisgeneration prägten. Das deutsche Beispiel zeigt dies sehr deutlich. Die Soldaten des Weltkrieges, die fast ausgestorbenen Nazis, die sich in Deutschland nach 1945 zu ihren verbrecherischen Taten nicht mehr offen bekennen konnten, die Opfer dieser Diktatur und die Widerstandskämpfer, sie alle erinnern eine andere individuelle und kollektive Lebensgeschichte bis 1945. Geschichtsbilder versuchen, Ordnung in dieses Labyrinth der Erinnerungen zu bringen. So mussten und wollten sich die

beiden deutschen Staaten, die 1949 entstanden, von ihrer nationalsozialistischen Vorgeschichte abgrenzen. Die Erinnerung an die Verbrechen der Nationalsozialisten wurde in der freiheitlichen Bundesrepublik konstitutiv für ihr Grundgesetz und damit für das Staatsverständnis. Die DDR war wie die Volksrepublik Polen ein sowjetischer Vasallenstaat, und nach ihrem Ende wiederholte sich im vereinten Deutschland die geschichtspolitische Auseinandersetzung um die zweite Diktatur in Deutschland im 20. Jahrhundert. Die staatlichen Erinnerungskulturen an Krieg und Diktaturen finden ihren Ausdruck in sichtbaren Zeichen wie Gedenkstätten, Denkmälern und Museen. Nach dem Sieg der Demokratie 1989 ging es in den geschichtspolitischen Kontroversen um die Geschichtsbilder vor allem um die Identität der Nachgeborenen, denen diese Vergangenheit als Erbe hinterlassen wurde. Im Streit um die Vergangenheit geht es also immer auch um die Zukunft und um die kulturellen Werte mit der sie politisch gestaltet werden soll.

3. *Das 20. Jahrhundert wurde von zwei Totalitarismen beherrscht, vom braunen und vom roten. Nationalsozialismus und Kommunismus waren damals so etwas wie „verwandte Feinde“ und zu gewissen Zeiten sogar „Freunde“. Heute, so scheint es, wird der eine Totalitarismus, nämlich der Kommunismus, vor allem in Westeuropa eher verharmlost. Wo sehen Sie Gründe dafür und was kann man dagegen unternehmen?*

**M.W.:** Die Kommunisten haben in Westeuropa keinen Staat regiert. In der Wahrnehmung der westlichen Gesellschaften waren sie die Bewegung, die im Kampf gegen den Faschismus viele Opfer gebracht hatte und nach dem Krieg zur radikalen Opposition gegen „kapitalistische Ausbeutung“ geworden war. Die kommunistischen Parteien führten den „Friedenskampf“ gegen die westlichen Atombomben. Kommunisten wurden wahrgenommen als militante Gewerkschafter und aktive Friedenskämpfer, allein ihre Sympathie für die Sowjetunion unterschied sie von Sozialisten oder Pazifisten. Ihre sozialistische Vision wurde von vielen im linken Lager als wünschenswerte Utopie belächelt, aber als Bedrohung erschienen sie immer weniger. In Ländern wie Frankreich und Italien hatten sie einen festen Platz im Parteiensystem, und ihre Intellektuellen übten maßgeblichen Einfluss auf die politische Kultur aus. In beiden Ländern führten die ungarische Revolution sowie der Prager Frühling und ihre Niederschlagung durch sowjetische Truppen zur Ausbildung des Eurokommunismus, der sich von der sowjetischen Politik stärker abgrenzte und zum Zerfall des von Moskau geführten Weltkommunismus entscheidend beitrug. Heute wollen viele Mitglieder des linken Lagers – und zwar weit über die gestrigen Kommunisten hinaus – sich nicht eingestehen, dass sie sich über den totalitären Charakter des Bolschewismus einmal getäuscht haben, und sie weigern sich, Nationalsozialismus und sowjetischen Kommunismus als „verwandte Feinde“ demokratischer Gesellschaften anzuerkennen. Die Kommunisten an der Macht waren zudem in den letzten 20 Jahren vor 1989 für viele Sozialdemokraten und Liberale die Partner in deren Entspannungspolitik.

4. *Eine Frage speziell zu Deutschland: In der alten Bundesrepublik gab es einen „doppelten antitotalitären Konsens“, so der Historiker Karl-Dietrich Bracher: die Ablehnung des Nationalsozialismus und des Kommunismus (Sozialismus) gleichermaßen. Viele sehen diesen Grundkonsens nach der Vereinigung schwinden. Teilen Sie diese Befürchtung und, wenn ja, warum? Sehen Sie ähnliche Anzeichen in östlichen Ländern?*

**M.W.:** Der antitotalitäre Konsens ist heute in der Bundesrepublik zu einem antifaschistischen geworden, und hierbei waren die Länder des früheren sowjetischen Imperiums durchaus Trendsetter. Das vereinigte Deutschland hat immer noch einen wahrnehmbar westlich und östlich geprägten Teil. Die Botschaft des Warschauer Runden Tisches von 1989 war ein friedlicher Systemwechsel, der den Kommunisten die Chance eröffnete, als reformierte parlamentarische Partei weiter zu existieren. In den osteuropäischen Ländern hatten die Kommunisten alle gesellschaftlichen Funktionsebenen ausgebildet, und somit war eine Ausgrenzung der Postkommunisten nach 1989 in Polen, Ungarn oder gar in Russland realpolitisch gar nicht möglich.

Der antitotalitäre Konsens des Weststaates, der 1949 gegründeten Bundesrepublik war ein doppelgesichtiges Nachkriegsphänomen. Die Abgrenzung zum Nationalsozialismus gehörte zur Staatsräson, und der Kampf gegen die kommunistische Bedrohung aus der DDR war zu Beginn der fünfziger Jahre eine Notwendigkeit. Der antitotalitäre Konsens zwischen den demokratischen Parteien wurde im Grundgesetz verankert und war eine Konsequenz der deutschen Geschichte. Die Väter des Grundgesetzes hatten als Politiker erlebt, wie die Nationalsozialisten und die Kommunisten gleichermaßen die Freiheitsrechte der Weimarer Verfassung von 1919 benutzten, um die Republik zu zerstören. Die zweite deutsche Demokratie wollte ihren totalitären Feinden künftig entschlossen entgegentreten, 1933 sollte sich nicht wiederholen. Das Bundesverfassungsgericht hat durch zwei Parteiverbote diese Entschlossenheit bekräftigt, zuerst wurde 1952 eine Nachfolgepartei von Hitlers NSDAP verboten, dann traf es 1956 die Kommunistische Partei Deutschlands. In dem Maße aber, wie sich die deutsche Zweistaatlichkeit verfestigte, wurde das Verbot der KPD zu einem innen- und außenpolitischen Hindernis für die Bundesrepublik. 1968, im Zusammenhang mit der neuen Ostpolitik wurde den westdeutschen Kommunisten gestattet, eine neue Partei zu gründen. Im Verlauf der folgenden Jahrzehnte bis 1989 verschob sich der antitotalitäre Konsens immer stärker in Richtung eines antifaschistischen. Spätestens in der „Friedensbewegung“ gegen den NATO-Doppelbeschluss von 1979 wurden die Kommunisten im Kampf gegen die „NATO-Raketen“ zu politischen Partnern für Grüne und Sozialdemokraten. Über die sowjetische Vorrüstung mit Mittelstreckenraketen schwieg der Protest.

Durch die deutsche Vereinigung wurden die Postkommunisten aus der DDR Teil des deutschen Parteienspektrums. Politisch hatte Deutschland vergleichbare Probleme wie Polen oder Ungarn mit den Postkommunisten, das hatte Folgen für den antitotalitären Konsens im Lande. Heute gibt es im deutschen Parteiensystem einen breiten Konsens im Kampf gegen den Rechtsextremismus, aber eine linksextremistische Gefahr existiert immer weniger im öffentlichen Bewusstsein. Die Verfassungswirklichkeit verabschiedet sich immer mehr vom antitotalitären, also aktiv pro-demokratischen Konsens der Väter des Grundgesetzes.

5. *Zurück zum Herbst 1989. In Prag war damals ein Transparent zu sehen mit der Aufschrift „Polen 10 Jahre, Ungarn 10 Monate, DDR 10 Wochen, Tschechoslowakei 10 Tage“. Welche Bedeutung hatte zuerst die „Solidarnosc“ und später die halbfreien Wahlen (Juni 89) für Entwicklung in den anderen Ländern Osteuropas?*

**M.W.:** Ich denke, die Prager Aufschrift von 1989 fasst die Vorreiterrolle der polnischen Entwicklung für den Sturz der kommunistischen Diktaturen in den mitteleuropäischen Staaten des sowjetischen Imperiums seit dem Danziger Abkommen vom 31. August 1980 präzise zusammen.

6. *In den verschiedenen Ländern der EU werden kollektive Gedächtnisse erforscht und unterschiedliche Erinnerungskulturen gepflegt. Trotz vieler nationaler Unterschiede: sehen Sie die Chance für eine gemeinsame europäische Erinnerungskultur? Welche Orte und Ereignisse würden sich dafür eignen?*

**M.W.:** Mit der EntschlieÙung des Europäischen Parlaments vom 2. April 2009 ist eine wichtige Brücke zwischen den Erinnerungskulturen West- und Osteuropas geschlagen worden. Das Parlament fordert nicht nur, den 23. August zum Gedenktag für die Opfer totalitärer und autoritärer Regime zu erklären, sondern auch die Errichtung eines gesamteuropäischen Dokumentationszentrums und die Vernetzung mit den nationalen „Forschungsinstituten“, die zur Geschichte des Totalitarismus arbeiten. Es fehlt auch nicht die Forderung nach Öffnung der Archive. All das soll dazu dienen, dass eine europäische und demokratische Erinnerungskultur entsteht, deren Grundsatz klar ausgesprochen wird: „Europa werde erst dann vereint sein, wenn es im Stande ist, zu einer gemeinsamen Sicht seine Geschichte zu gelangen, Kommunismus, Nazismus und Faschismus als ‚gemeinsames Vermächtnis‘ anzuerkennen und eine ‚ehrliche und tiefgreifende Debatte‘ über sämtliche totalitären Verbrechen des vergangenen Jahrhunderts zu führen.“ Von besonderer Bedeutung ist es, dass das europäische Parlament die Notwendigkeit von Debatten über Geschichtsbilder zwischen den einzelnen Nationen und ihren Historikern hervorhebt, denn nur aus diesen Debatten kann ein gemeinsames demokratisches Geschichtsbild entstehen, in dem die totalitären Diktaturen des 20. Jahrhunderts für immer geächtet werden.

Die Orte einer solchen Erinnerungskultur werden in Europa immer vielfältig sein, ebenso wie die Gedenktage. In Deutschland hat das 2008 verabschiedete Gedenkstättenkonzept des Bundes die Gedenkstätten von nationaler Bedeutung mit Bezug zu den beiden Diktaturen in Deutschland festgelegt. Im Gedenkkalender ist der 23. August aber noch nicht eingetragen.

7. *Die Aufarbeitung der kommunistischen Epoche hat sich in den vergangenen 20 Jahren in den verschiedenen Ländern als schwierig erwiesen, selbst in Ostdeutschland, wo die besten strukturellen Voraussetzungen dafür geschaffen wurden. Woran liegt das und wodurch entscheiden sich die Aufarbeitungsdiskurse in den verschiedenen Ländern?*

**M.W.:** Die Öffnung der Archive, die Arbeit der Historiker und die Berichterstattung der Medien sind das eine, die Reaktion der Menschen das andere. In Bezug auf die Aufarbeitung diktatorischer Vergangenheit und die Verbrechen eines von Deutschlands Diktator Hitler entfesselten Angriffskrieges hatten die Deutschen bereits eine vierzigjährige Erfahrung, bevor das kommunistische Regime in der DDR 1989 durch die erste gelungene demokratische Revolution der deutschen Geschichte gestürzt wurde. Der Prozess ist deshalb so schmerzhaft, weil er die Erlebnissgenerationen unmittelbar einbezieht. 1989/90 gab es Stimmen in Deutschland, die eine Karenzzeit von 20 Jahren forderten, bevor mit der Aufarbeitung der Geschichte der DDR begonnen werden sollte. Durchgesetzt haben sich die Bürgerrechtler aus der DDR, die auf der Öffnung der Stasi-Akten für die Opfer der kommunistischen Geheimpolizei bestanden. Die westdeutsche Politik fürchtete als Folge der Aktenöffnung, dass es zu Gewalttaten zwischen Opfern und Tätern kommen würde. Das Gegenteil trat ein, die individuelle Klarheit („wer hat mich verraten und wer von meinen Freunden hat sich der Geheimpolizei verweigert“)

fürte zu einer Befriedung und trug zur Überwindung der Angst vieler Menschen bei, mit der die SED „ihre Menschen“ regiert hatte. Die Öffnung der Stasi-Akten in Deutschland ist der Spezifik der SED-Herrschaft geschuldet, die ein Heer von Spitzeln beschäftigte, um ihr Volk zu kontrollieren. Im Unterschied zu allen anderen osteuropäischen Staaten wurde das Ministerium für Staatssicherheit der DDR aufgelöst und nicht reformiert und in anderer Form weitergeführt.

Ein Vergleich der nationalen Diskurse über die kommunistischen Diktaturen ist mir nicht möglich, aber generell lässt sich wohl eine Gemeinsamkeit festhalten: zu politischen Konflikten und der Unterdrückung unbequemer Wahrheiten kommt es immer dann, wenn die materiellen Interessen oder das öffentliche Ansehen von Angehörigen der Eliten in Staat und Gesellschaft durch die Akten der Vergangenheit berührt werden.

8. *Sie selbst, Prof. Wilke, hatten schon vor 1989 Kontakte zur DDR-Opposition und zur Opposition in einigen osteuropäischen Ländern, später waren Sie mit verantwortlich für den Forschungsverbund SED-Staat an der FU Berlin, Berater für den Bundestag und für die Gauck/Birthler-Behörde. Wie würden Sie aus ganz persönlicher Sicht die Aufarbeitung des Kommunismus heute beurteilen: war das eine Erfolgsgeschichte oder gibt es noch Defizite?*

**M.W.:** Grundsätzlich war es eine Erfolgsgeschichte, zumindest in der Bundesrepublik Deutschland, aber natürlich gibt es noch Defizite. Persönlich habe ich nicht das Gefühl, umsonst gearbeitet zu haben. Da ich den Prozess der Überwindung von Folgen und Geschichte der SED-Diktatur und der mit ihr verbundenen Teilung Deutschlands in Generationen denke, entmutigen mich die Rückschläge nicht, zumal ich weiß, dass es in geschichtspolitischen Kontroversen immer auch um die Zukunft des Landes geht. Die Leitmotive meiner Arbeit sind: „Die Wahrheit wird siegen!“ (ein Satz, der in Prag nach dem Einmarsch am 21. August 1968 geprägt wurde) und „Einmischung in eigene Angelegenheiten“, ein Zitat des Schriftstellers Jürgen Fuchs.

Berlin, 25. Mai 2009

Prof. Dr. Manfred Wilke